

Politiker-Appell löst Debatte um Zölibat und "viri probati" aus

Bischofskonferenz: Vor dem Papstbesuch kein Thema

Bonn. In der deutschen katholischen Kirche ist eine neue Debatte über den Zölibat, die Pflicht der Priester zur Ehelosigkeit, entbrannt. Anlass ist die Forderung prominenter katholischer CDU-Politiker, auch verheiratete bewährte Männer ("viri probati") zum Priesteramt zuzulassen.

Die Bischofskonferenz will darüber derzeit nicht diskutieren. Das Anliegen sei bei der Vorbereitung des Papstbesuchs in Deutschland im September "nicht als Thema vorgesehen", heißt es in einer Erklärung. Die Frage sei "von weltkirchlicher Tragweite und verlangt eine entsprechende Meinungsbildung und Entscheidung auf gesamtkirchlicher Ebene". In nächster Zeit gebe es aber einige Anlässe, das Thema neu zu bedenken, etwa die "Rückerinnerung an die Beratungen des Konzils vor 50 Jahren".

Kritik an den Bischöfen und den Aufruf-Verfassern

Die Bewegung "Wir sind Kirche" kritisierte die Haltung und rief die Bischöfe auf, den angekündigten Dialog, der große Erwartungen im Kirchenvolk geweckt habe, "endlich sichtbar und konkret zu beginnen". Der Papstbesuch dürfe kein Grund sein, den "schon lange überfälligen Dialog über die immer akuter werdenden pastoralen Probleme erneut auf die lange Bank zu schieben".

Der Arbeitskreis Engagierter Katholiken (AEK) in der CDU und der "Zusammenschluss papsttreuer Vereinigungen" (ZPV) verteidigten den Zölibat. AEK-Sprecher Martin Lohmann sagte, es sei nicht Aufgabe einiger älterer CDU-Politiker, dem Petrusnachfolger öffentlich Vorschläge zu machen. Damit dann auch noch das Jahr des Papstbesuchs einzuleiten, nannte Lohmann "geradezu peinlich".

Der ZPV-Vorsitzende Reinhard Dörner warf den Politikern vor, die Kirche zu spalten und sich dem Zeitgeist anzupassen. Es gehe ihnen letztlich nicht nur um den Zölibat, sondern auch um die Zulassung von Frauen zum Diakonen- und Priesteramt, wobei ihre Argumentation "heuchlerisch bis veraltet" sei.

"Zölibat nie in Frage gestellt"

Auch Jesuitenpater Klaus Mertes äußerte sich zum Zölibat. Der Leiter des Berliner Canisius-Kollegs, der mit Veröffentlichungen die bundesweite Missbrauchsdebatte ausgelöst hatte, sagte, er habe "zu keinem einzigen Zeitpunkt den Zölibat wegen dieser Missbrauchsfälle in Frage gestellt". Zum einen gebe es schon rein statistisch keinen Zusammenhang, sagte Mertes am Sonntag (23.01.2011) im Deutschlandfunk. Zum anderen glaube er, "dass der Zölibat vor Missbrauchstätern geschützt werden kann durch gute Zulassungsbedingungen. Beim Zölibat liegt für mich nicht das zentrale Problem."

Am Freitag (21.01.2011) hatten prominente katholische Unionspolitiker dazu aufgerufen, "verheiratete, bewährte Männer" zum Priesteramt zuzulassen, um der "Not vieler priesterloser Gemeinden" zu begegnen. Die deutschen Bischöfe sollten sich dafür in der Weltkirche "und vor allem in Rom mit Nachdruck" einsetzen. Gegebenenfalls könne es auch eine Ausnahmeregelung für Deutschland geben.

Unterzeichner der Erklärung "Wie dem zunehmenden Priestermangel begegnet werden kann" sind acht CDU-Politiker, die fast alle dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) angehörten oder noch angehören. Neben Bundestagspräsident Norbert Lammert und den früheren Ministerpräsidenten Bernhard Vogel, Erwin

Teufel und Dieter Althaus tragen Bundesbildungsministerin Annette Schavan, Familien-Staatssekretär Hermann Kues, der NRW-Landtagsabgeordnete Thomas Sternberg und der frühere ZdK-Generalsekretär Friedrich Kronenberg den als "Bitte" formulierten Appell mit.

<http://kirchensite.de/aktuelles/news-aktuelles/datum/2011/01/23/politiker-appell-loest-debatte-um-zoelibat-und-viri-probati-aus/>

Zuletzt geändert am 23.01.2011